## **Deutscher Bundestag**

**16. Wahlperiode** 20. 06. 2007

## **Bericht**

des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss) gemäß § 96 der Geschäftsordnung

zu dem Antrag der Bundesregierung – Drucksache 16/5600 –

Fortsetzung der deutschen Beteiligung an der Internationalen Sicherheitspräsenz im Kosovo zur Gewährleistung eines sicheren Umfeldes für die Flüchtlingsrückkehr und zur militärischen Absicherung der Friedensregelung für das Kosovo auf der Grundlage der Resolution 1244 (1999) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 10. Juni 1999 und des Militärisch-Technischen Abkommens zwischen der Internationalen Sicherheitspräsenz (KFOR) und den Regierungen der Bundesrepublik Jugoslawien (jetzt: Republik Serbien) und der Republik Serbien vom 9. Juni 1999

Bericht der Abgeordneten Jürgen Koppelin, Herbert Frankenhauser, Carsten Schneider (Erfurt), Dr. Gesine Lötzsch und Alexander Bonde

Mit dem Antrag der Bundesregierung ist unter der Voraussetzung der Zustimmung durch den Deutschen Bundestag vorgesehen, die deutsche Beteiligung an der Internationalen Sicherheitspräsenz im Kosovo unter Fortgeltung der Protokollerklärung des Bundesministers des Auswärtigen vor dem Auswärtigen Ausschuss vom 7. Juni 2000 (Bundestagsdrucksache 14/3550 vom 8. Juni 2000, S. 4, Ziff. III) und der Regelungen des Beschlusses der Bundesregierung vom 9. Mai 2001 zu, dem der Deutsche Bundestag am 1. Juni 2001 zugestimmt hat (Bundestagsdrucksache 14/5972 vom 9. Mai 2001), sowie im Anschluss an ihre Beschlüsse vom 8. Mai 2002, dem der Deutsche Bundestag am 7. Juni 2002 zugestimmt hat (Bundestagsdrucksache 14/8991 vom 8. Mai 2002), vom 21. Mai 2003, dem der Deutsche Bundestag am 5. Juni 2003 zugestimmt hat (Bundestagsdrucksache 15/1013 vom 21. Mai 2003), vom 19. Mai 2004, dem der Deutsche Bundestag am 27. Mai 2004 zugestimmt hat (Bundestagsdrucksache 15/3175 vom 21. Mai 2004), vom 4. Mai 2005, dem der Deutsche Bundestag am 2. Juni 2005 zugestimmt hat (Bundestagsdrucksache 15/5428 vom 4. Mai 2005) und vom 17. Mai 2006, dem der Deutsche Bundestag am 1. Juni 2006 zugestimmt hat (Bundestagsdrucksache 16/1509 vom 17. Mai 2006), fortzusetzen.

Die einsatzbedingten Zusatzausgaben für die Verlängerung des Einsatzes im derzeitigen Umfang für weitere zwölf Monate werden rund 154 Mio. Euro betragen. Hiervon entfallen auf das Haushaltsjahr 2007 rund 81 Mio. Euro sowie auf das Haushaltsjahr 2008 rund 73 Mio. Euro. Für diese Ausgaben ist im Einzelplan 14 im Bundeshaushalt 2007 und im Finanzplan für das Jahr 2008 Vorsorge getroffen.

Der Haushaltsausschuss hält den Antrag der Bundesregierung mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. für mit der Haushaltslage des Bundes vereinbar.

Dieser Bericht wird unter dem Vorbehalt erteilt, dass der federführende Auswärtige Ausschuss keine Änderungen mit erheblichen finanziellen Auswirkungen empfiehlt.

Berlin, den 20. Juni 2007

## Der Haushaltsausschuss

Jürgen Koppelin Berichterstatter Otto Fricke Herbert Frankenhauser

Vorsitzender Berichterstatter

**Carsten Schneider (Erfurt)** Dr. Gesine Lötzsch **Alexander Bonde** Berichterstatter Berichterstatter Berichterstatterin